



Die Unterzeichnung der Polizeikonvention durch die Innenminister der Partnerländer in Wien ist ein wichtiger Meilenstein bei der Umsetzung der EU-Außenstrategie.

## Exportartikel Sicherheit

**Transnationale Phänomene wie organisierte Kriminalität, Korruption, Migration und Terror machen deutlich, wie eng innere und äußere Sicherheit miteinander verknüpft sind. Als wirksames Gegenmittel hat sich die verstärkte Zusammenarbeit im Rahmen von Sicherheitspartnerschaften innerhalb der Europäischen Union sowie zwischen der EU und ihren Nachbarstaaten bewährt.**

Der Auftrag der EU an den österreichischen Ratsvorsitz sowie an die nachfolgenden Präsidentschaften im Zuge der EU-Außenstrategie für den Bereich Justiz und Inneres lautet: Ausbau des Sicherheitsgürtels um Europa und Stärkung der strategischen Partnerschaften.

Innerhalb der Europäischen Union ist moderne Polizeiarbeit ohne die Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden in den Nachbarstaaten undenkbar. Die Schengenstandards zur Harmonisierung grenzüberschreitender Maßnahmen erleichtern in der Praxis den polizeilichen Informationsaustausch und gemeinsame Ermittlungen und sind in der täglichen Polizeiarbeit längst „Stand der Technik“.

Dass sich solche Erfolgskonzepte exportieren lassen, zeigte sich am 5. Mai 2006 bei der Ministerkonferenz „Die Innere Sicherheit als Element in den Beziehungen der EU mit ihren Nachbarn“: Sieben Innenminister aus Südost-Europa kamen in Wien zusammen, um in Anwesenheit von Bundesministerin Liese Prokop, des Europol-Direktors Max Peter Ratzel und des EU-Kommissars für Justiz, Freiheit und Sicherheit, Franco Frattini, die Polizeikooperations-Konvention für Südosteuropa (SEE PCC) zu unterzeichnen. Als erster potenzieller Beitrittskandidat hat Bulgarien beim Ministerrat für Justiz- und Inneres Anfang Juni 2006 Interesse an der Unterzeichnung der SEE-Kooperation bekundet.

**Ausgangspunkt** war das von Österreich initiierte österreichisch-deutsche Projekt, das die Harmonisierung und Heranführung der Standards polizeilicher Zusammenarbeit in Südost-Europa an die Schengenstandards zum Ziel hatte – durch Schaffung einer multilateralen Polizeikonvention zwischen Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Moldawien, Rumänien sowie Serbien und Montenegro.

Selbst keine Konventionsparteien, fungierten Österreich und Deutschland in Kooperation mit Europol und dem Stabilitätspakt sowie mit aktiver Unterstützung durch kroatische Experten als „Geburtshelfer“ bei der Entwicklung des Polizeikooperationsabkommens. Deutschland übernahm dabei den größ-



**Unterzeichnung der Polizeikooperations-Konvention für Südosteuropa: Innenminister aus sieben südosteuropäischen Ländern, Innenministerin Liese Prokop, Europol-Direktor Max Peter Ratzel und EU-Kommissar für Justiz und Sicherheit Franco Frattini.**

ten Teil der Finanzierung des SEE-PCC-Projekts. Finanzielle Unterstützung kam von der *Austrian Development Agency* via *Österreichischem Städtebund*. Österreich stellte mit Experten des Bundeskriminalamts seine Erfahrungen aus der Schengenpraxis zur Verfügung sowie das Projektmanagement und die notwendige administrative und organisatorische Infrastruktur.

**Der Startschuss** für das Projekt fiel bei einem Treffen hochrangiger Vertreter der Staaten Südosteuropas am 22. und 23. Juni 2005 in Wien, wo die Themenschwerpunkte der geplanten Konvention festgelegt wurden. In Anlehnung an das Schengener Durchführungsübereinkommen sowie an bestehende bilaterale Kooperationsabkommen konnten dabei vor allem die folgenden Kooperationsbereiche identifiziert werden:

- Verbesserung des gegenseitigen Informationsaustausches, auch bei der Bekämpfung der illegalen Migration;
- Einführung und Stärkung grenzüberschreitender Kooperationsformen, wie grenzüberschreitende Observation bzw. Nacheile, kontrollierte Lieferung und verdeckter Ermittlung;
- sowie weitere Maßnahmen, wie Einrichtung von *Joint Investigation Teams* und Austausch von DNA-Daten und anderer Identifikationsmerkmale.

**Das Projekt „SEE PCC“** stand von Anfang an unter der Prämisse des Prinzips „Regional Ownership“. Um die Eigenverantwortlichkeit der Konventionspartner zu betonen, wurden die Verhandlungen in der Region selbst geführt, wobei die Vorsitzführung auf allgemeinen Wunsch der Konventionspartner von Albanien wahrgenommen wurde.

Albanien, Kroatien, Mazedonien, Bosnien und Herzegowina sowie Montenegro übernahmen dabei als Gastgeber die Betreuung der insgesamt fünf Verhandlungsrunden. Die Verhandlungen zeichneten sich vor allem durch ein konstruktives Verhandlungsklima und den hohen persönlichen Einsatz der Verhandlungsteams aus.

Dieser Umstand und die aktive Unterstützung von Experten Europol und des Stabilitätspakts sowie durch Experten des österreichischen Innen- und Außenministeriums ermöglichten es, den Konventionstext innerhalb eines Jahres zu finalisieren.

**Ausbau des Sicherheitsgürtels.** Die Unterzeichnung der Polizeikonvention durch die Innenminister der Partnerländer in Wien ist ein wichtiger Meilenstein bei der Umsetzung der EU-Außenstrategie. Nächster notwendiger Schritt ist die wirksame Überführung dieses gemeinsam erarbeiteten Kooperationskonzepts von der Theorie in die

Praxis. Das Interesse innerhalb der EU an einer raschen Umsetzung in der Region ist groß. Sowohl Dr. Erhard Busek als Sonderkoordinator des Stabilitätspakts für Südosteuropa als auch Europol-Direktor Dr. Max-Peter Ratzel haben bei der SEE-PCC-Abschlusskonferenz am 5. Mai ihre prinzipielle Unterstützung bei der Implementierung der Polizeikooperation zugesagt.

Im Hinblick auf die geografische Lage Österreichs liegt der Vorteil einer verbesserten Polizeizusammenarbeit in und mit den Staaten Südosteuropas auf der Hand.

„Wir brauchen uns gegenseitig: Was in Süd-Ost-Europa in puncto Sicherheit geschieht oder nicht geschieht, ist wichtig für die Sicherheit in Österreich und in der Europäischen Union“, sagte Sektionschef Dr. Franz Einzinger vom Bundesministerium für Inneres beim Eröffnungs-Workshop im Juni 2005:

„Zugleich sind aber auch die gesetzten oder unterlassenen Aktivitäten der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten von maßgeblicher Bedeutung für Südosteuropa.“

Die Staaten des Westbalkans sind daher wichtige strategische Partner für Österreich und die Europäische Union, bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität, der Korruption, der illegalen Migration und im Kampf gegen den Terrorismus.“

*Petra Lintner*